

übel stinkende Phenol-Dämpfe auf. 480 Kilogramm dieser giftigen Substanz, die Nieren- und Leberschäden hervorruft, werden täglich bei Flußkilometer 302 in die Saale gespült.

Das Flußsediment von Saale und Mulde, so der Bericht aus dem Ost-Berliner Umweltministerium, ist „stark bis übermäßig“ mit Zink, Cadmium und anderen Schwermetallen belastet – teilweise 15mal stärker als die ebenfalls schwergeschädigte Elbe.

Klärwerke, die Entlastung bringen könnten, gibt es kaum. Viele Metallhütten und Kraftwerke, Agrarkombinate und Zellstofffabriken leiten ihre Abwässer ungefiltert ab – so wie die Filmfabrik Wolfen nahe dem Chemiekombinat Bitterfeld. Da dem 18 500-Mann-Betrieb „eine zentrale Abwasserbehandlungsanlage fehlt“, wie Professor Herwig Lehmann vom Institut für Wasserwirtschaft der Universität Hannover berichtet, „werden die Abwässer nach kurzer Aufenthaltszeit in einem Restloch ungeklärt in die Mulde abgeleitet“. Diese Art der Entsorgung bestehe bereits seit 1974, eine Verbesserung sei bislang „nicht in Sicht“.

Derart schlampig gehen jedoch nicht nur Industriebetriebe mit ihren Abwässern um. In vielen Großstädten der DDR sind die Sietetze verrottet, die städtischen Kläranlagen vernachlässigt, einige Altstädte nicht einmal an diese Anlagen angeschlossen. So fließen auch kommunale Abwässer direkt und nahezu ungeklärt ab. Die Flüsse werden mit Bakterien und Viren belastet, nach Angaben des Elbberichts vor allem bei Dresden. Kein Wunder: Das Klärwerk der Stadt in Kaditz liegt seit mehr als zwei Jahren still – wegen „Rekonstruktionsarbeiten“.

Die Elbe wird in der DDR zu einem breiten Giftstrom, der am Ende zu nichts mehr taugt. Wenn er die Ost-Republik bei Schnackenburg verläßt, so der Bericht aus dem Ost-Berliner Umweltministerium, dann hat das Wasser „eine unbrauchbare Beschaffenheit für die Trinkwasser-, Badewasser- und Fischereinutzungen“. Selbst als Kühlwasser sei es bloß noch „bedingt“ verwendbar.

Nur, die giftige Fracht wirkt weiter. „Da rauscht viel herunter, was erst hier in der Bundesrepublik so richtig wirksam wird“, sagt Professor Lehmann. Phenol und Pestizide, Blei und Perchlorethylen reichern sich in Tieren und Pflanzen an, setzen sich im Schlick ab oder wandern weiter bis hinaus in die Deutsche Bucht. Ablagerungen von Schwermetallen, so der niedersächsische Umweltminister Werner Remmers (CDU), seien bis zur Nordseeinsel Scharhörn festgestellt worden – rund 230 Kilometer von der innerdeutschen Grenze entfernt.

Vor allem kurz hinter Hamburg, wo die Elbe breit und flach wird, macht die Giftsuppe aus dem Osten vielen Fischen den Garaus. Wenn, wie im letzten Sommer, warmes Wetter und ein niedriger Wasserstand den Sauerstoffgehalt des Flusses zusätzlich senken, treiben Stinte, Fludern und Kaulbarsche erstickt an der Wasseroberfläche.

Schnelle Hilfe kann der kranke Fluß nicht erwarten. Erst im Juli, nach jahrzehntelangem, fruchtlosem Streit um die Elbgrenze, fanden sich die beiden deutschen Staaten zu gemeinsamen Sanierungsvorhaben bereit. Bundesumweltminister Klaus Töpfer und sein damaliger Ost-Berliner Amtskollege Hans Reichelt besiegelten einen Vertrag über sechs Pilotprojekte zur Luft- und Gewässerreinigung, zu denen Bonn 300 Millionen Mark (West) beisteuert.

Im selben Monat einigte sich auch Niedersachsens Umweltminister Werner Remmers mit der DDR auf eine 50-Millionen-Spritze aus Hannover für einen gemeinsamen Investitionsfonds. Mit bundesdeutscher Hilfe soll unter anderem der Quecksilberausstoß des Chemiekombinats Bitterfeld von derzeit 3,5 auf 0,2 Jahrestonnen gesenkt werden.

Und vorletzte Woche ließ sich Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer von seinem Hamburger Amtskollegen Henning Voscherau 3,35 Millionen Mark aus der Hansestadt schenken – unter anderem für den Kauf eines „Sielwolfs“, der die maroden Kanalnetze Dresdens reinigen soll.

Daß die DDR plötzlich zu dieser deutsch-deutschen Elbbruderschaft bereit ist und auf ihre langjährige Forderung verzichtet, die Bundesrepublik

müsse vor Vereinbarungen einer Verlegung der Elbgrenze vom Ostufer in die Flußmitte zustimmen, hat einen einfachen Grund: Die Krenz-Republik braucht dringend bundesdeutsches Geld und westliche Umwelttechnik. 180 Kläranlagen müßte die DDR nach Schätzungen des West-Berliner Umweltbundesamtes bauen und sanieren. Kosten: bis zu 30 Milliarden Mark.

Ost-Berlins eigenständiger Sanierungsversuch, bei dem zwischen 1981 und 1985 für rund 360 Millionen Ost-Mark Klär- und Filteranlagen neu gebaut oder modernisiert wurden, scheiterte. „Mit diesen Maßnahmen“, kommentiert lakonisch der Elbbericht aus dem Ost-Berliner Umweltministerium, „wurde keine spürbare Verbesserung erreicht.“

SDP

Das Geschäft erleichtert

Die neuen Sozialdemokraten in der DDR – viel Papier und wenig Organisation.

Von seinem jüngsten Ausflug nach Ost-Berlin brachte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Horst Ehmke eine frohe Botschaft mit: Auch nach über 40 Jahren SED-Herrschaft sei die Sache des Sozialismus nicht verloren. Der real existierende sei zwar verpönt, der demokratische aber noch immer attraktiv. Ehmke: „Die SPD ist nicht diskriminiert.“ Wildfremde



SDP-Demonstranten in Ost-Berlin: „Kein Ableger der SPD“

Leute, berichtete der Fraktions-Vize, hätten sich ihm und West-Berlins Regierendem Bürgermeister Walter Momper beim Stadtbummel rund um den Alexanderplatz als Sympathisanten zu erkennen gegeben, einer sogar mit dem Spruch: „Du mußt an einem Ost-Berliner nur kratzen – und es kommt ein Sozi raus.“ Volkes Stimmung, so das Fazit des Bonners, sei „ausgesprochen sozialdemokratisch“.

Das sehen die Genossen der gerade neu gegründeten „Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)“ ganz anders. „Es gibt“, klagt ihr Mitgründer und Vorstandsmittglied Frank Bogisch, Sohn des LDPD-Vorständlers Manfred Bogisch, „in der Politik keinen Begriff, der nicht durch 40 Jahre SED negativ besetzt ist.“ Schon das Wort „Partei“ sei für viele – auch für ihn – eine schwierige Hürde gewesen nach so viel Einheitspartei in den letzten Jahren: „Da mußten wir über unseren Schatten springen.“

„Sozialismus“, sagt auch SDP-Vorständler Markus Meckel, sei als Begriff durch die SED „so sehr diskreditiert, daß er gegenüber vielen DDR-Bürgern kaum noch benutzbar ist als Beschreibung eigener Zielbestimmung“.

Stundenlang diskutierte der SDP-Vorstand die Frage, wie man sich anreden soll: als „Genosse und Genossin“; per Du – wie das in der Arbeiterbewegung, aber eben auch in der SED üblich ist? Oder als „liebe Parteifreunde“? Per Sie – wie es die Bürgerlichen im Westen halten? Es gab keine Einigung. Jeder soll es halten, wie er will.

Aber auch von den West-Genossen wollen sich die Ost-Sozis nicht vereinnahmen lassen. SDP-Geschäftsführer Ibrahim Böhme hat nicht vergessen, daß die Bonner anfangs SED-staatstragend auf Distanz blieben und den Grün-Alternativen auf dem „Weg der offenen politischen Begegnung“ (Böhme) den Vortritt ließen; oder daß der in der DDR populäre Momper noch im August erklärte, mit „Parteigründungen durch kleine Gruppen“ könne „gar nichts bewegt werden“. Aber inzwischen sieht Böhme es positiv: „Sie haben uns damit das Geschäft erleichtert. Sie haben deutlich gemacht, daß wir kein Ableger der SPD sind.“

Bis in die Wortwahl ist der Drang nach Abgrenzung und Unterscheidung spürbar. Die unterste Organisations-Einheit ist nicht der „Ortsverein“ wie im Westen, sondern die „Orts- oder Basisgruppe“, die nächsthöhere heißt „Kreisverband“ und nicht „Unterbezirk“, danach kommt die „Region“, nicht der „Bezirk“.

Auch die von den Einheits-Sozialisten eingeführten Bezirksnamen will die SDP nicht übernehmen: SDP-Region Mecklenburg soll es heißen oder Thüringen, Pommern, Sachsen und Berlin.

Daß die SPD inzwischen die DDR-Schwester als legitimes Kind der Arbeiterbewegung anerkannte – mit Anspruch auf Sitz und Stimme in der von Willy Brandt geführten Sozialistischen Internationale –, lag auch am Besuch eines bis dahin völlig unbekanntem jungen Mannes.

Seit Steffen Reiche, 29, Pfarrer aus Christinendorf in der Mark Brandenburg und Gründungsmitglied der SDP, in Bonn auftauchte und den West-Genossen erklärte, daß er von ihnen weder die Wiedervereinigung noch Geld erwarte, gibt es keine Vorbehalte. Da sprach nicht der arme Verwandte aus dem Osten, sondern der selbstbewußte Junior eines Unternehmens, das nur vorübergehend stillgelegt war, aber seit 126 Jahren dazugehört.

Weil am Tag von Reiches Ankunft gerade Honecker gestürzt war, rissen sich die Medien um den einzigen in Bonn



SDP-Mitgründer Reiche
Privataudienz beim Präsidenten

verfügbaren DDR-Sozi. Als der Newcomer dann auch noch in seinen Interviews bewies, daß er der politischen Rede mächtig und nicht auf Worthülsen angewiesen ist (SPIEGEL 44/1989), standen ihm sämtliche Türen offen. Erst talkte er abends im Fernsehen mit Oskar Lafontaine. Dann lud der ihn in seine Saarland-Vertretung zum späten Nachtessen bei Spitzenkoch Heinz Peter Koop.

Egon Bahr, Dietrich Stobbe, Volker Hauff wollten den neuen Star sehen. Hans Jochen Vogel war so begeistert, daß er ihn sogar ins Parteipräsidium mitnahm, das Allerheiligste der SPD. Auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker wollte die politische Naturbegegnung kennenlernen und bat Reiche zur Privataudienz.

„Was ist das für eine Partei“, wurde der DDR-Sozi hinterher gefragt, „die so kurz nach ihrer Gründung solche Kontakte hat?“

Außer Kontakten hat sie wenig. Bislang gibt es viel Papier und nur wenig Fak-

ten. Nicht einmal die Zahl ihrer Mitglieder ist dem Vorstand genau bekannt: republikweit zwischen 3000 und 4000, schätzt Reiche. Bis zum letzten Wochenende hatte die Berliner Zentrale weder ein Büro noch ein Telefon.

Nur an Grundsatzserklärungen herrscht kein Mangel, und die klingen alle „wie eine Mischung aus '68 und Rot-Grün“ (Ehmke). Oskar Lafontaine hätte keine Mühe, sie ins neue Grundsatzpapier der SPD zu schreiben.

Aber auch die Konflikte zwischen traditioneller Sozialdemokratie und Grün-Alternativen sind vorgeprägt: „Der Braunkohletagebau“, so heißt es in der programmatischen Grundsatzrede, die Markus Meckel am Gründungstag hielt, „zerstört die Landschaft und entwurzelt immer mehr Menschen. Der Ausbau der Kernenergie ist mit untragbaren Risiken für Menschen und Umwelt verbunden.“

Kernkraft? Nein danke. Braunkohle? Nein danke.

Während Reiche den ökologisch mörderischen Tagebau einstellen, notfalls mehr Atomstrom zulassen will, ist der Genosse Bogisch, der zur SDP aus der Grünen-Bewegung kam, gegen Braunkohle und Atomstrom – es sei denn, er kommt aus Frankreich.

Wirtschaftspolitik im demokratischen Sozialismus – das ist, verrät Vordenker Meckel ein offenes SDP-Geheimnis, der Ab-

schnitt, „von dem wir noch am wenigsten Genaueres wissen“.

Widerstände erwarten die SDP-Gründer nicht nur von der SED, sondern „jenseits unserer Grenzen“ auch von den Parteien, die Sozialismus schon immer für einen Irrtum hielten. Den rauschenden Beifall, den sie von diesen Rängen für den Versuch bekamen, das Machtmonopol der SED zu brechen, weisen die SDP-Gründer stolz zurück.

Denn diejenigen, „die den Versuch einer Alternative zum kapitalistischen System mit dem Scheitern des realsozialistischen Modells für grundsätzlich gescheitert“ halten, wollten wohl überhaupt keine Alternative.

Zur Zeit ist freilich auch die SDP nur eine theoretische Alternative zur real existierenden SED. „Wir arbeiten“, sagt Steffen Reiche, „unter den Bedingungen des Bismarckschen Sozialistengesetzes.“ Aber, ergänzt er listig, zur Zeit des Sozialistengesetzes wurde „die alte SPD zur stärksten Partei“.